RundfunkBerlinBrandenburg/ Kulturradio
Sendetermin: 14.07.2016

„Perspektiven“/ Redaktion: Jürgen Gressel-Hichert
***„Hauptsache nerven*!**
Warum Populismus in den USA anders ist als in Europa“

Musik – Shaggy: “Mr Boombastic”

Was für ein Gehabe!

Die schrille Haartolle, die heißen Bräute, die rotzig-protzige Anti-„*Correctness*“, der Flirt mit der *Crowd,* mit der Menge.

Bling-Bling. Rock-n-Roll.

Musik – Shaggy: “Mr Boombastic”

Wenn Amerikas neuer „*Working Class Hero*“ aus seiner Privat-Boeing steigt, als hätte die präsidiale *„Air Force One*“ ausgedient, und wie ein Schlagerstar bei Wahlkampfkundgebungen seine „*best of*“-Nummer abzieht, grölt er in die jodelnde Menge:
„*Wer bezahlt für die Mauer*?“

O-Ton “Are you ready? Who is gonna pay for the wall?” “Mexico” Refrain Build that wall! Build that Wall!“

Worauf die sofort zurückgrölt: „*Mexiko!*“, als wäre *Nonsens* in Amerika endlich wieder erlaubt.

O-Ton “Build that wall! Build that Wall!“

Die Show ist so unterhaltsam, und das Programm ist so oberflächlich, dass nichts unmöglich scheint. Auch nicht, elf Millionen illegale Migranten zurück nach Mexiko zu schicken.

Musik – Shaggy: “Mr Boombastic”

„Hauptsache nerven! Warum Populismus in den USA anders ist als in Europa“
Von Nora Sobich

Musik – Shaggy: “Mr Boombastic”

Donald Trump verspricht wie ein „Meister Proper“, mit einem Wisch alles wieder gut - Trumpismus-mäßig großartig - zu machen: *„It’s going to be great.“* Ping-Pong.

Der Milliardär will aufräumen, den Status quo auf den Kopf stellen; behauptet, ein *Hero* zu sein für die Amerikaner, die sich von den Verhältnissen überrollt, die sich abgehängt und unbehaust fühlen; die sauer, verängstigt, empört, frustriert, wütend, zornig sind. Und das sind viele.

Sieben von zehn Amerikanern glauben, Politiker scheren sich nicht um den einfachen Bürger. Zwei Drittel der Amerikaner halten die Wirtschaft für korrumpiert zugunsten der Reichen. So schlechte Karten hatte das Establishment in Amerika lange nicht mehr.

Musik – Trump Campaign Song: "We are not gonna take it"

Wer hätte das im Frühsommer 2015 erwartet?
Als vor über einem Jahr, einer halben Ewigkeit in der amerikanischen Politik, der US-Wahlkampf begann, lag Revolte nicht in der Luft, es versprach, geradezu langweilig zu werden.

Die Spitzenkandidaten der beiden US-Parteien galten bereits als „*done deal*", als so gut wie ausgemacht, bevor das Präsidentschaftsrennen überhaupt eröffnet war. Niemand zweifelte, dass Jeb Bush gegen Hillary Clinton antreten würde, es eine Wahl des Parteien-Establishments wird: Clinton-Clan oder Bush-Dynastie.

Alles kam anders.

Musik Campaign Song:"We are not gonna take it"

Von links kam ein selbst erklärter demokratischer Sozialist und langjähriger Außenseiter im Senat für den kleinen Bundesstaat Vermont, der eine „*political revolution*", eine politische Revolution, ausrief:

O-Ton Bernie Sanders

...dem es mit einer linken Stimme wie der von „*Occupy Wall-Street*" gelang, die demokratische Spitzenkandidatin Hillary Clinton ernsthaft herauszufordern und mit Appellen an gesellschaftliche Fairness und soziale Gerechtigkeit die Herzen von Millionen von Menschen zu bewegen.

In der Manege der Republikaner betraten knapp zwei Dutzend Bewerber die Wahlkampfbühne, einer exotischer als der andere: eine Parade der Ahnungslosen:

O-Ton TV-Kandidaten-Runde

Ein pensionierter Neurochirurg, bekannt für rechtsgerichtete „*Feel good*“-Bücher, eine gescheiterte Vorstandsvorsitzende des Technologiekonzerns Hewlett-Packard, die zuvor nie ein politisches Amt inne hatte, dazu Gouverneure und Senatoren, die verfangen in politischer Ideologie wetterten, als hätte Amerika eine achtjährige Diktatur hinter sich.

Bis auf die zwei, drei moderaten Kandidaten, die schnell aus dem Rennen ausschieden, waren die meisten der Bewerber im Kontext der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung groß geworden, unter ihnen extreme Vertreter der Religiösen Rechten, so als sollte sich die Warnung von Sinclair Lewis erfüllen.

„Wenn Faschismus nach Amerika kommt, wird er in die Nationalflagge gehüllt sein und ein Kreuz tragen.“

Der dollste Kracher in dieser Kandidatenrunde der Unmöglichkeit war dann Donald Trump als halbseidener New Yorker Immobilienmilliardär, Fernsehstar und Golfplatzbetreiber, der sein Geld inzwischen vornehmlich mit Lizenzgeschäften aus der eigenen *Celebrity*-Marke „Trump“ verdient.

Parallelen sind nach Trumps ersten Anti-Immigranten-Ausfällen schnell gezogen worden, zu Mussolini, zu Le Pen, zu den südamerikanischen Caudillos. Er sei ein Nationalist, ein Rassist, ein taktischer Stimmungsmacher, ein Demagoge, der spricht wie *„modern rap“:*

„We got $18 Trillion in debt...
We need money.

We're dying.
We're dying. We need money....
Sadly, the American dream is dead."

Oder bloß ein *Salesman*, ein aggressiver Verkäufer, mit dem richtigen Riecher für politische Gelegenheiten? Ein Narr, der der Nation jetzt ihren verdienten Spiegel vorhält? Jedenfalls eine Katastrophe für die Republikanische Partei.

Befeuert von permanenter Medien-*Trumpery*, die über das republikanische Nominierungsrennen berichtete, als wäre das diesmal „*Reality TV*", hat sich mit der Rampensau Donald Trump sozusagen der Publikumsliebling durchgesetzt. Der Geschäftsmann wird jetzt als bedrohlich unqualifiziertester Präsidentschaftskandidat in der Geschichte der USA in den republikanischen Parteitag einziehen.

Umso mehr sich die einen über den Animateur mokieren, je mehr applaudieren ihm die anderen. Das Phänomen Trump ist zum Selbstläufer geworden: „*a self fulfilling prophecy*".
So viel provokanten Schwung gab's eben auch schon lange nicht mehr.

Der exaltierte Selbstdarsteller bespielt den politisch empörten Zeitgeist, als sollte auch wirklich kein Klischee ausgelassen werden: Populismus mit allem drum und dran, ‚*made in USA*' - im epischen Großformat.

Das kämpferisch vereinende „Wir" gegen die ausbeuterisch korrupten „die da"-s, die wundersam wirksame Selbstinszenierung, die Tabubrüche und Schwarzmalereien, die ausgrenzenden Hasstiraden und Denunziationen, das Schüren von Angst:

„Lock your Doors folks, okay, lock your doors…Who knows maybe it's ISIS."
„Schließt die Türen, Leute, Okay, schließt die Türen...Wer weiß, vielleicht ist es Isis."

Gegen „*Them*“ will Trump die politisch zerstrittene Nation zusammenführen: „*Them*“, das sind immer die anderen: die Konkurrenten, die Medien, Washington, die Chinesen, die Mexikaner, die Muslime. Wer auch immer.

Mit der eigenen „Klasse“, den oberen 1 Prozent, hat sich der eitle „*Dealmaker*“ wohl auch nie identifiziert. Nur mit sich selbst. Eine Idealbesetzung in der Rolle des rechtspopulistischen Scharlatans.

Donald Trump behauptet, was immer gefällt, nach dem Motto: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ In einer komplizierten Welt nimmt so eine Entschlossenheit den Leuten anscheinend ihre Angst.

‚*I'm a common man*“, ein Durchschnittbürger, sagt Trump im vertraut familiären Ton, als hätte er in einer Stammtischrunde das Mikrophon übernommen: „Wir“ sind alle unter uns - Familie.
Politik wird hier inszeniert wie alles andere im digitalen Zeitalter:

Die Menge hat immer Recht. „The wisdom - die Weisheit - of the crowd“.

Nicht anders verkauft als Immobilien, Casino-Tickets oder Trump-Steaks.

O-Ton “Trump Steaks, winery…”

Pop, Pop, Pop:

Pop-Culture, Pop-Art, Pop-ulismus.

Wenn die alten Volksparteien nicht mehr tragen, mit Konsens und Vernunft nichts mehr zu erreichen scheint, sich Krisen und Schein-

Krisen scheinbar nicht mehr lösen lassen, dann wird die Populismus-Platte aufgelegt und der Regler aufgedreht.
Dann pop-st es.

Populismus der neue demokratische Ausnahmezustand?

Musik – Shaggy: "Mr Boombastic"

Populismus – eine politische Momentaufnahme

Revolutionär war man gestern. Heute ist man Populist.

Was soll das eigentlich sein?

„*Vox populi* ", die Stimme des Volkes.

Ein Politikstil? Ein Programm? Eine Ideologie? Eine rhetorische Kampftechnik? Ein Label, das sich mittlerweile schon an alles dranhängen läßt?

Populisten popularisieren, pauschalisieren, protestieren, polarisieren.

Populisten sprechen die aufmerksamkeitsfixierte Sprache der Gegenwart, die der Statements und Meinungs-Botschaften, die der Talk- und Reality-Shows, der *Tweets* und Blogosphäre, der Echokammern, „*Echo Chambers*", der sozialen Medien; sie bedienen angefütterte Bedürfnisse: unterhalten, be-twittert, gereizt werden zu wollen.

Das „Schimpfen auf TV und Facebook, die Kasinokapitalisten, das Anprangern sozialer Spaltung", schreibt der Soziologe Heinz Bude in seinem jüngsten Buch „*Das Gefühl von Welt – Über die Macht von Stimmungen*" ersetzt eine Soziologie der Stimmungen.

Während die politische Empörung zunimmt, hat längst auch die Empörung gegen die Empörung zugenommen. „*Noch nie war es so leicht, Populist zu sein wie heute*“, schreibt der Journalist Harald Staun in einer „*Verteidigung des Populismus*“.

Ist jetzt jeder, der gegen die Verhältnisse motzt und Verbesserung fordert, schon Populist?
Aktivisten, Protestler, Demonstranten – alles bloß Populisten?
Ganz neu ist die Aufregung nicht.

„*Ein Gespenst geht um die Welt, Populismus*“, zitiert der Politologe der *Princeton University* Jan-Werner Müller einen marxist-elnden Kommentar von einer amerikanischen Soziologenkonferenz in den sechziger Jahren, als zivilgesellschaftliche Protestbewegungen an der Tagesordnung waren.

Damals, erinnert der US-Historiker Michael Kazin, Autor des Klassikers „*A Populist Persuasion: An American History*“, füllten Amerikas Straßen Protestler jedweder ideologischen Überzeugung*:*

„…die behaupteten, für die Interessen und Werte von tugendhaften und ausgebeuteten Menschen gegen eine unmoralisch gierige Elite zu kämpfen. ‚Populist’ wurde das Label für all die, die gegen die Macht antraten.“

Auch jetzt ist Populismus wieder die Gegenwartsdiagnose, das Label für politische Zustände.

„We live in a Populist Moment.“

In Europa nicht anders als in Amerika. Quer durch die europäische Union zieht sich das politische „*Gewitter der Emotionen*“: durch Griechenland, Spanien, Ungarn, Polen, Deutschland, Österreich, Holland, Schweden, Belgien, Frankreich, durch die Schweiz und

Dänemark, den laut jüngstem UN-„*World Happiness Report*“ glücklichsten Ländern der Welt. Die ersten Links- und Rechtspopulisten sitzen bereits an der Macht oder im Parlament.

In Deutschland kam die AfD bei den Wahlen im März in Baden-Württemberg auf über 15 Prozent, in Sachsen-Anhalt auf über 24 Prozent. In der Öffentlichkeit kann plötzlich wieder gesagt werden, was vor einigen Jahren noch schier undenkbar war. Die Freiheitliche Partei Österreich hat sich mit Nobert Hofers brauner Völker- und Vaterlands-Sprache um ein Haar ins Präsidentenhaus popularisieren können. Und England: Da hat es das Debakel Brexit geschafft.

Flüchtlingskrise, Eurokrise, Terrorbedrohung, Fragen nach der eigenen nationalen Identität, dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalt; dazu ein soziales System, das in einer globalisierten Welt nicht mehr zu tragen scheint und ein Fortschrittstempo, das viele irritiert zurücklässt.

Kein Wunder, meint der Publizist und Internet-Kritiker Evgeny Morozov, dass es populistischen Kräften so leicht fällt sich durchzusetzen.
In angespannten, unsicheren Zeiten, wenn alte Rollenmuster nicht mehr tragen, gedeiht politischer Populismus angeblich besonders gut: als wäre der eine berechenbare Reaktion auf bestimmte ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen, auf Überfremdungs- und Modernisierungsängste, denen Schlagwörter eine vermisste Richtung geben.

Man ist gegen offene Gesellschaften und Migration. Gegen den Euro. Gegen Globalisierung und Ökonomisierung. Gegen medial inszenierte Dauerkrisen. Gegen die, die einen vergessen und korrupt über das Ohr gehauen zu haben scheinen, die immer bloß das Gleiche erzählen: das so genannte Establishment.

Die Ideologie der Populismus, schreibt der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde, teilt die Welt in das gute Volk und die korrupte Elite ein, und geht davon aus, dass es eine Politik des

allgemeinen Willens der Bevölkerung gibt. Der wird dann wahlweise mit anderen Ansinnen gefüttert: Nationalismus, Protektionismus, Xenophobie.

Eindeutig lässt sich Populismus aber nicht fassen. Im Laufe der Zeit hat sich seine wissenschaftliche Definition immer wieder geändert. Jede Zeit und jede Gesellschaft bringt nicht nur ihren eigenen Populismus hervor. Auch in seiner Bewertung bleibt er ein vages Geschöpf.

Während Populismus in Amerika tief in die politische Kultur und das Demokratieverständnis eingewoben ist, und gerade in Wahlkampfzeiten als personifizierte Verkaufskunst und massen-stimulierende Lockerungsübung dazugehört, verheißt Populismus aus europäischer Sicht erst einmal nichts Gutes.

Wozu das führen kann, weiß keiner besser als die Deutschen.
War Hitler ein Populist? Ein Nationalist?

Populismus wird allen voran als Schimpfwort benutzt; es ist bestens geeignet, ein politisches Gegenüber – berechtigt oder nicht - zu diskreditieren.
Wer sich populistischer Methoden bedient, der trickst, der macht den Köder besonders lecker, der manipuliert, der verführt, der mobilisiert Ressentiments, der zeichnet die Welt mit anbiedernd gefährlichen Vereinfachungen in falsches Schwarzweiß.

Europas Populisten sollten ihre einfachen Lösungen mal zu Ende denken, schlägt die Journalistin Evelyn Roll vor.
Was es heißt, Stacheldrähte an den Grenzen hochzuziehen und dann? Die Mutter mit ihren vier Kindern wieder zurückschicken, dorthin, woher sie gekommen ist?
Roll schreibt von europäischen Gesellschaften, die ihre Grundprinzipien vergessen haben.

Populisten sind nicht umsonst zu haben, so die vorherrschende Sicht. Sie verpesten das politische Klima, radikalisieren, spalten die Gesellschaft.

Berlusconi hat Zerstörung hinterlassen, schrieb Umberto Eco. Seine Erbschaft schüttelt Italien nicht so schnell ab.
Der Publizist Stefan Kornelius nennt sie Demokratiekaputtmacher - eine Erscheinung des post-ideologischen Zeitalters.

Für den Politologen und Populismus-Forscher Jan-Werner Müller ist Populismus ein „*Schatten der repräsentativen Demokratie*“ und „*ein spezifisch modernes Phänomen*”.

“Im Athen der Antike gab es keinen Populismus. Demagogie sehr wohl, Volksverführer aller Art, die eine wankelmütige Masse von Mittellosen zu unvernünftiger Politik verleiten konnten, aber keinen Populismus.“

Mit Demokratie ist Populismus nach Müller nicht vereinbar, da Populisten anti-pluralistisch von einem moralistischen Verständnis von Politik ausgehen:

„Sie allein sind ihrem Verständnis nach die Vollstrecker des authentischen, eindeutig bestimmbaren und unbestreitbaren Volkswillens.”

Die rechtsnationalen Listen, die sich in Europa zunehmend erfolgreich eines opportunistischen Populismus bedienen, um ins Amt zu gelangen, treten als Populisten auch nicht etwa offen auf.
Anders verhält es sich bei den Linkspopulisten. Da ist Populismus inzwischen positiv besetzt auf die Protestfahnen gewandert, als Forderung, den Blickwinkel zu ändern: Politik nicht mehr von oben nach unten, sondern von unten nach oben zu machen.

In den von der Finanzwelt einst hochgelobten „PIGS“-Staaten - Portugal, Italien, Griechenland, Spanien – sind die linkspopulistischen Parteien vor allem als Protestbewegungen nach dem Finanz-Crash entstanden. Vielen ist hier mit der Wirtschafskrise

und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 30 Prozent schlicht der Appetit auf un-gestalteten Kapitalismus vergangen. Man fühlt sich angeschmiert, als Opfer undurchsichtiger Markt- und Macht-Verhältnisse.

In Italien der Fernseh-Komiker Beppe Grillo mit der Fünf-Sterne-Bewegung, in Griechenland die Protestpartei „Syriza“, in Spanien die „Podemos“- ‚Wir können’ – Bewegung. Die radikale politische Identität wird so ernst genommen, als böte Demokratie inzwischen Raum für revolutionäre Nischen. Koalitionsgedanken sind oft kaum möglich. Als hätten erst mal „Köpfe“ zu rollen, die des Neoliberalismus.

O-Ton Klatschen…..

Establishment, schreibt Englands linkspopulistischer „Popstar“ Owen Jones, Autor von „*Establishment and How they get away with it*“, läßt sich nicht mehr bloß als soziale Bande definieren. Es seien ideologische. Geleitet von ökonomischen Interessen und der Furcht, Volkswirtschaften, die international agierende Großkonzerne maßregeln, könnten in die zweite Liga abstürzen, hat sich der Glaube durchgesetzt, einzig ein radikal freier Markt könne noch Weltmarktfähigkeit garantieren.

Während der Einfluß von traditionell „Establishment“-kritischen Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen hat, bemängelt Owen Jones, habe die digitale Revolution nicht zu mehr erhoffter demokratischer Mitsprache geführt.

Für einen der großen Verteidiger des politischen Populismus, den 2014 verstorbenen argentinischen Politikwissenschaftler Ernesto Laclau, sind es die Populisten, die noch *„die wahren Probleme der Menschen rausholen*“, die Themen hochbringen können, die nicht mehr diskutiert werden, wenn es für Opposition keinen Raum gibt,

wenn die ökonomischen, kulturellen und politischen Eliten zu eng zusammenstecken.

Gemeinsam mit seiner Frau, der belgischen Politologin Chantal Mouffe, argumentierte Laclau, der in Populismus ein Grundprinzip des Politischen sah, für eine „radikale Demokratie“, eine in demokratischen Systemen notwendige politische Streitkultur.
„*Konsens*“, schreibt Chantal Mouffe, gefährde die Demokratie, wenn die politischen Positionen rechts und links „außen“ frei gelassen werden, sich die alten Volksparteien, wie es in vielen westlichen Industrieländern geschehen ist, in einer „*entpolitisierten*“ Mitte einrichten.

Die Wut und politische Empörung trifft inzwischen vor allem die zentrierten Sozialdemokraten. Nicht etwa die Rechte, so Englands Linkspopulist Owen Jones habe zur Entmachtung der „*Have Nots*“ geführt, sondern „*New Labor*“, der Ausverkauf der alten „Labor“-Partei.

Ähnlich hört sich in Amerika der linksliberale Autor Thomas Frank an. Mit viel Empörung in der Stimme stellte Frank pünktlich zum Präsidentschaftsrennen 2016 sein neues Buch vor:

„*Listen, Liberals: Or, what ever happened to the Party of the People?“* Was ist eigentlich aus den Demokraten geworden?

O-Ton Applaus

Lange wären sie an der Macht gewesen: für Amerikas schwindende Arbeiter- und Mittelschicht sei jedoch wenig passiert.
Die Demokraten, mokiert sich Frank, werden mittlerweile von einer „Klasse“ vertreten, die sich um soziale Gerechtigkeit nicht mehr schert.

“Listen Liberals” ist gleichsam die Fortsetzung von Franks 2004 publizierten Bestseller *„Was ist mit Kansas los*?“ In dem Buch stellte

Frank die Frage, warum Amerikas Arbeiter- und untere Mittelschicht seit den 90er Jahren gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen stimmt: für eine gewerkschafts- und arbeiternehmerfeindliche Politik der Republikaner.

Die Erklärung sieht Frank in der Politik des „*Third Way*“ von Bill Clinton. Damals hätten viele demokratische Stammwähler enttäuscht von der neoliberalen Agenda ihrer Partei nach rechts zu den Republikanern gewechselt, wo man sich gegen die neuen Mitte-Demokraten mit einem „*Culture War*“ – mit Kampfansagen gegen Gleichberechtigung, Abtreibung, „*Gay rights*“ - differenziert und radikalisiert hat.

Während der Präsidentschaft von Barack Obama sind die rechtsfundamentalistischen Ressentiments nur noch gewachsen. Das moderate republikanische Establishment ist inzwischen von der ideologischen Rechten so gut wie gekapert worden. Der seit 2010 von Republikanern dominierte Kongress hat in den letzten Jahren blockiert, was zu blockieren war: Als wäre jeder Kompromiss ein Teufelspakt, als gelte es politische Kontrahenten wie Staatsfeinde zu bekämpfen.

Diese Feindbildfixierungstechnik, mit der Populismus auch in Amerika ein demokratiefeindliches Gesicht bekommt, beschrieb der US-Historiker Richard Hofstadter 1964 in seinem berühmten gleichnamigen Essay als „*Paranoid Style in American Politics*“.
Ein Paradebeispiel für diesen paranoiden Stil sah Hofstadter im Wahlkampfpopulismus des rechtsgerichteten Barry Goldwater, Senator aus Arizona, der als Präsidentschaftskandidat der Republikaner im Wahlkampf 1964 einen Feldzug gegen die wohlfahrtsstaatlichen Wirtschaftsreformen des „*New Deal*“ und das intellektuelle „Ostküsten-Establishment“ führte, gegen all das hetzte, was anders war und anders dachte.

Gegen den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Lyndon B. Johnson erfuhr Goldwater eine vernichtende Niederlage. Nicht nur Psychiater taten sich gegen ihn zusammen, um Goldwater mentale Unfähigkeit für das Präsidentenamt zu bescheinigen. Selbst seiner

eigenen Partei war der unberechenbare Demagoge am Ende so unheimlich geworden, dass sie in TV-Spots gegen ihn und für den Demokraten Johnson warb:

O-Ton „Confession of a Republican“

Donald Trump, der jetzt über Amerikas zerstrittenes Parteiensystem wie Geier herfällt, ist auch so ein ‚Goldwater'-Typ. Allerdings kommt Trump von der anderen Seite. Er bedient mit seiner so gut wie ideologiefreien populistischen Trickkiste eine andere politische Nachfrage, den vom Parteien-Establishment frustrierten „kleinen Mann“, dem seit 30 Jahren Deregulierung und Staatsabbau als Wunderwaffe verkauft werden, ohne dass sich für ihn die Verhältnisse geändert haben.

Amerika ist hinter der Fassade des globalen Weltmarktführers ein tief gespaltenes und unfassbar verarmtes Land, dessen harte Lebenswelten mit denen in Europa nicht zu vergleichen sind. In den USA erreicht das Einkommensgefälle Ausmaße wie zu „Gilded Age“-Zeiten am Ende des 19. Jahrhunderts. An der dynamisch innovativen US-Wirtschaft können sich in der Tat viele kaum mehr beteiligen. Es fehlt geradezu an allem, nicht nur an Jobs, auch an funktionierender Infrastruktur, an Ausbildungsmöglichkeiten, an Gesundheitsfürsorge – selbst an Respekt und guten Absichten.

Die amerikanische Arbeiter- und untere Mittelschicht fühlt sich inzwischen doppelt betrogen, bilanziert Jacob Weisberg in der Financial Times: Von den Demokraten, die mit Wall-Street und „*Corporate America*”, der amerikanischen Unternehmenswelt, „*shake hands*“ betreiben. Und einer Republikanischen Partei, die verfangen in religiösen Dogmen und einer Free-Market-Ideologie den „*common man*“, den Durchschnittsbürger, völlig aus dem Blick verloren hat.

Während der Vorwahlen in Iowa führte diese politische Ignoranz haarsträubend der republikanische Präsidentschaftsbewerber Ted

Cruz vor, als er von einem Farmer gefragt wird, „*Warum wollen Sie die Benzinförderung für uns streichen, wir kommen schon so nicht mehr über die Runden?*“ Cruz nickte kurz und begann zu reden, zu reden, zu reden. Bei ihm, als wäre das die Frage gewesen, würde es für niemanden mehr Extras geben. Der Mann war irgendwann „platt“ geredet. Okay, sagte er noch und dann anrührend kleinlaut: *„Ich bin ja ohnehin bloß ein kleiner dummer alter Farmer.“*

Die beiden Populisten - Donald Trumps und der demokratische Überraschungskandidat Bernie Sanders -, die sich während der Vorwahlen des Präsidentschaftsrennens als politische Outsider gegen die da oben für die da unten differenzierten, sie geben - so unterschiedlich ihre Weltsicht auch ist - genau denen eine Stimme, die sich schon lange nicht mehr angesprochen fühlen.

Ihr ökonomischer Populismus ist ähnlich erfolgreich, schreibt James Surowiecki im Magazin The New Yorker:

„Lange galt bei Amerikas Arbeitern der Glaube, eine steigende Flut würde alle Boote anheben. In den letzten dreißig Jahren sind allerdings eine Menge von ihnen gesunken.“

Wenn Donald Trump die Macht von Unternehmens-Lobbyisten auf Washington angreift, sie Blutsauger nennt, die Öl- und Versicherungsunternehmen verflucht und gegen Freihandelsabkommen wettert, klingt das wie die Schlachtrufe von Vermonts entschlossen idealistischem Senator Bernie Sanders gegen „*Billionaires and Millionaires*“, gegen ein „*rigged system*“, ein korruptes und ungerechtes System.

Während Donald Trump, der seiner Partei bei den Vorwahlen eine Wahlbeteiligung wie zuletzt 1980 beschert hat, einer zunehmend nationalistisch gestimmten Arbeiterschaft die Rettung verspricht, als müsste nur ein echter Haudegen wie er kommen, um alles wieder gerade zu rücken, versteht sich Bernie Sanders als Initiator einer energiegeladenen sozialen Bewegung.

Beiden ist es gleichermaßen gelungen, eine *„Silent majority“*, die schweigende Masse zu mobilisieren – ein altes Wahlkampf-Zitat von Richard Nixon:

O-Ton R.Nixon

Bernie Sanders hat sich im Nominierungsrennen gegen seine Rivalin Hillary Clinton zwar nicht durchsetzen können, doch den Wahlkampf hat er mit seiner sozialdemokratisch linkspopulistischen Wahlkampagne, die unglaubliche 2,4 Millionen Kleinspender mit über 210 Millionen Dollar unterstützten, deutlich geprägt:

„Die schweigende Masse ist zurück und sie ist nicht mehr schweigend.“

Populistische Auflehnungen, schreibt der Historiker Michael Kazin, sind „*Wake-up-Calls”*, Warnungen, dass ein ernstes Problem im politischen System eitert:

„Wer bloß die Übermittler verurteilt, betreibt Verdrängung.“

Populismus hat Amerikanern, so weit will Kazin gehen, in der Vergangenheit „die revolutionären Ideologisierungen anderer Nationen“ erspart: „*Faschismus, Nazismus, Leninismus, Maoismus*“.

Ob das immer noch so ist?
Der US-Wahlkampf 2016, so laut, verrückt, bedrohlich, hetzerisch und plakativ der bisher auch verlaufen ist: was im Frühsommer 2015 noch unvorstellbar gewesen sein soll, ist in die politische Debatte zurückgekehrt: die in Amerika mehr als überfällige soziale Frage.

Musik - Ben Selvin and the Crooners - Roosevelt „Happy days are here again…“

Amerikanischer Wahlkampf-Pomp und Populismus

Musik „Happy Days are here”

Alle vier Jahre wieder geht der Vorhang auf - ist „*Election season*“. Meist gewinnen bekannte Namen. Nicht immer.

Die Tinte der Unabhängigkeitserklärung war kaum getrocknet, als die Oligarchie der alten aristokratischen Gründerväter auch schon zu Ende ging, und die Ära des „*common man*“, des gemeinen Mannes, begann, wie sie heute genannt wird.

Gründervater Thomas Jefferson war besorgt. Durch die vielen, die damals aufbrachen, um sich im Freiheitseldorado der westlichen Welt zwanglos selbst zu verwirklichen, wo jeder das Recht hatte, frei zu wählen, frei zu glauben, ein Stück Land zu kaufen und freier Bürger zu sein, sah er das hohe Ideal solidarischer Gemeinwesen gefährdet. Für ihn waren es bloß:

„Pseudo-Bürger, infiziert von der Manie des Herumziehens und Spielens.“

So ein „*Pseudo-Bürger*“ – ein bloß auf das eigene materielle Fortkommen spekulierender Emporkömmling – war für die Gründerväter-Elite auch Andrew Jackson, mit dem sich 1824 zum ersten Mal jemand für das höchste Amt im Staat bewarb, der nicht dem alten *Mayflower*-Clan angehörte.

Jackson galt - nicht anders als heute Donald Trump - als denkbar ungeeignet für den Job: politisch als so unerfahren und ungebildet,

dass er nicht mal seinen eigenen Namen hätte schreiben können, lästerte John Adams:

„Oh mein Land. Wie betrauere ich die Missachtung von Weisheit und Tugend und die maßlose Bewunderung von Dummköpfen und Gaunern. Die nie ausbleibenden Folgen der Demokratie.“

Mit gut inszenierter Aufstiegs-Story - von der einfachen „Blockhütte“ ins Weiße Haus –, die zum rhetorischen Standardrepertoire von US-Präsidenten geworden ist, schaffte es Jackson, der sich aus armen Verhältnissen zum General hochgearbeitet hatte, zur Symbol- und Identifikationsfigur für die Möglichen und Chancen der Neuen Welt; zum ersten US-Präsidenten, der sich als „*man of the people“* stilisierte.

Während seiner zwei Amtszeiten, die von Ignoranz und Inkompetenz, auch von einer verteufelten Indianerpolitik geprägt waren, tat Jackson für seine Unterstützer, zu denen Frontierhelden, Pioniere und Neuenglands erste „*Working men*“, Industriearbeiter, gehörten, allerdings wenig, schreibt der Historiker Udo Sautter,:

„Das Besondere dieser Ära war wohl eher, dass der politische Einfluss des gemeinen Mannes zunahm, obwohl er der gemeine Mann blieb.“

Seit der Jackson-Ära, auf die auch die Tradition der Parteitage zurückgeht, gehört der „Kult“ um den „*Common man“*, wie ihn die deutsche Soziologin und Populismus-Forscherin Karin Priester nennt, als Demokratie verbreitendes und stärkendes Werkzeug zu Amerika wie *Stars and Stripes*.

„Das Volk beherrscht die amerikanische Politik wie Gott das Universum.“

Amerikanischer Populismus, so Karin Priester, ist immer als Interpretation eines Liberalismus zu verstehen, der die vorherrschende Ideologie nicht in Frage stellt – und in dessen Zentrum immer das Ideal staatsfern organisch kleinteiliger Gesellschaften steht.

Um die ging es Ende des 19. Jahrhunderts auch der berühmten, von Farmern und Kleinunternehmern gegründeten „*People's Party*". Ihr Protest richtete sich zum Schutz des von Kapitalkonzentration bedrohten kleinen selbständigen *„Yeoman"-Farmers* gegen das in New York zentrierte Großkapital, gegen die Monopol-Praktiken der Räuberbarone des „*Gilded Age*", gegen Goldstandard und restriktiven Sparkurs.

Journalisten, die ein wenig Latein beherrschten nannten die Bewegung dann „*Populist Party*". Ihre Agenda war progressiv, - auf soziale Gerechtigkeit und Modernisierung ausgerichtet, für Feminismus und Gleichberechtigung; von den Arbeiterbewegungen - von Klassenkampf und Revolution, hielt man allerdings nichts.

Über Amerikas Industriearbeiter, die bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts zu zwei Dritteln aus europäischen Einwanderern bestanden, hieß es abwertend: sie hätten ihre europäische Weltsicht mit über den Atlantik gebracht. Die so genannte religiös und idealistisch motivierte Überzeugung von einer amerikanischen Sonderstellung stand für die Agrarpopulisten nicht infrage.

Ihren Höhepunkt erreichte die *„Populist Party"* mit der Präsidentschaftswahl 1896, bei der William Jennings Bryan, ein unermüdliches Populist und Gegner des Goldstandards antrat:

„You should not crucify mankind upon an cross of gold."
„Die Menscheinheit soll nicht an einem Kreuz aus Gold gekreuzigt werden."

In den 20er Jahren lebte ihr politischer Spirit in den Progressiven Partys weiter: im Sinne des großen Bürgerkriegs-Präsidenten Abraham Lincoln als Forderung nach einer: „*Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk*."

Musik „Happy Days are here again"…

Auch US-Präsident Franklin D. Roosevelt bekam in den Dreißiger Jahren das Label „Populist" ab, als er nach der Weltwirtschaftskrise die Reformpolitik des *New Deal* einleitete und vom „*forgotten man"*, sprach, vom vergessenen Mann, den es gelte wieder in die Gesellschaft und in politische Prozesse mit einzubeziehen.

In dieser Tradition ist auch der demokratische Sozialist Bernie Sanders zu sehen, als jemand mit einer „progressiven" Agenda, der soziale Bewegungen als eine demokratiestärkende, zivilisationsfördernde Form des Austarierens gesellschaftlicher Macht- und Mitspracheverhältnisse versteht:

"Freedom is never given to people – you have to fight to get it."

Auch die demokratische Senatorin Elizabeth Warren, die sich viele als Vize-Präsidentin von Hillary Clinton wünsch(t)en, trat als Frontfrau einer von Aktivisten und Politikern initiierten Ideen-Konferenz namens „*New Populism*" in diesem Sinne 2014 ans Mikrophon: „*Ich glaube an die Macht des Volkes, um das Land zu ändern*":

O-Ton E. Warren "I believe in the power of people to change the country…"

Die nach der Finanzkrise 2008 gegründete rechtspopulistische Tea-Party hat sich ebenfalls als *Grass-roots-* und Protestbewegung präsentiert, als Sprachrohr des einfachen Volkes abseits des Establishments von Washington.

Obwohl es sich bei der Tea-Party eher um eine von Großkonzernen gesponserte Form politischer Einflussnahme handelte: um einen kalkuliert wutentbrannten Cocktail aus „*Free Market*"-Idealen, verschärften Einwanderungsgesetzen, Verfassungspatriotismus und nostalgischen Erinnerungen an die Geburtsstunde der Republik.

Bis heute hat in der politischen Instanz des „*Common man*" sowohl im linken wie rechten Spektrum die Skepsis überlebt, die die „*Amerikanische Revolution*" in Amerika gegenüber Machthabern und Regierenden hinterlassen hat.
Das, was für die amerikanischen Kolonisten die Britische Krone war, hat in den letzten 250 Jahren – viele Varianten eines als verräterisch empfundenen Establishments hervorgebracht:

Während Amerikas Rechtspopulisten mit Vorliebe gegen ein „*Big Government*", einen zu großen Regierungsapparat kämpfen, weil der dem individualistischen Freiheitsideal von Amerikas ersten Siedlern widersprechen würde, kämpfen die Linken gegen eine globale Finanzkapital- und Unternehmenselite, die das Leben kleiner unabhängiger Kommunen existentiell bedroht. Dieser Vertreterkampf ist nicht nur Antreiber für Amerikas radikale politische Streitkultur, sondern auch ihr Garant.

„Es war unser Schicksal als Nation, nicht Ideologien zu haben, sondern eine zu sein."
Richard Hofstadter

Musik Kennedy Campaign Song

Alle vier Jahre zur „*Election season*“ hat der „*Common man*“ dann sozusagen in Amerika seine größte Stunde.

Musik - Kennedy Campaign Song

Amerikanische Präsidentschaftsrennen sind verkörperter Populismus. Wer als Präsidentschaftsbewerber nicht ansatzweise diese Verführungskunst beherrscht, hat keine Chance. Es ist die erste Voraussetzung für den Erfolg einer Kandidatur.

Für Präsidentschaftsbewerber geht es um Rhetorik, um Selbstinszenierung, um Bühnenpräsenz, um einen „*Cult of Personality*“: die Wähler nicht nur politisch zu überzeugen, sondern emotional für sich einzunehmen. Sie müssen einen mögen. „*You have to love the man*.“

In einem gewaltigen Marathon durch das Land reisen, von einer Wahlkampfkundgebung, „*rally*“, zur nächsten und Schwung bringen - populär werden, sich verkaufen.

O-Ton Horserace-Geräuschkulisse

Es ist atemlos wie beim Pferderennen, ein Wettbewerb ohnegleichen: wer liegt vorn, wer hat wo, wann, warum wie abgeschnitten?

„*Bumper sticker*“, Stoßstangen-Aufkleber, verteilen. Auf dem “*County fair*”, den beliebten amerikanischen Landwirtschaftsmessen, „*Corn Dog*”-Würstchen, „*Barbecue*“ und frittierte Hühnchen essen. Vom hohen Ross herabsteigen, sich unter das Volk mischen und zeigen, dass man weiß, was den Durchschnitts-Amerikaner bewegt.

Den demokratischen Pomp des Wahlkampfzirkus scheint sich die Neue Welt gleichsam auch als Gegenmodel zu den

Krönungszeremonien alter Monarchien zugelegt zu haben. Statt Zepter und Krone gibt es Konfetti und Show: Volkstheater.

Als müsste in Amerika alles inszeniert und publikumswirksam instrumentalisiert werden, weil sich anders angeblich kein Interesse wecken lässt – Überschwemmungskatastrophen genauso wie Kriege oder Collegejahre, sind Präsidentschaftsrennen perfekt gemachte Unterhaltungsshows, die überall auf der Welt begeistert verfolgt werden.

Mit jedem Präsidenten will sich die Nation ein Stückchen wieder neu finden. Präsidentschaftswahlkämpfe sind eine Form nationaler „Selbstvergewisserung".
Man will inspiriert werden und das sofort, wie im Supermarkt – „*I want it now"* – bestenfalls in den absoluten Ausnahmezustand versetzt werden.

Musik „I got a crush on Obama"

So wie es vor acht Jahren dem jungen Senator Barack Obama gelang: der charismatische Präsidenten-Typ, der den Vereinigten Staaten zur rechten Zeit erschienen ist, - als das Selbstbewusstsein am Boden lag.

Auch Barack Obamas Wahlkampagne war die eines Populisten: der „*Change*", den er nicht müde wurde zu versprechen, die Verheißung eines Neubeginns, einer gerechteren Verteilung der Chancen.
Spätestens als Amber Lee Ettinger ihren millionenfach angeklickten Popsong ‚*I got a crush on Obama*" rausbrachte, war für die meisten klar: Obama wird gewinnen.

Musik „I got a crush on Obama"

Wie jede Broadway-Inszenierung folgen Präsidentschaftsrennen einer bestimmten Chronologie. Die Witznummern kommen für die

Einstimmung zuerst. Wie anderswo zum Karneval darf dann die Sau rausgelassen werden. Während der „Primaries“ sich populistisch auszutoben, wird als erfrischend empfunden, als demokratisierende Lockerungsübung.

Die „*No Taxes*“-Nummer mit der Kettensäge, die der republikanische Präsidentschaftsbewerber Rand Paul 2015 vorführte, einen Haufen Steuerformulare zu zersägen, wäre später als Aufmerksamkeits-Gag nicht denkbar gewesen. Auch nicht die Pro-Waffen-Nummer von Ted Cruz - mit einem Maschinengewehr herumzuballern, bis der um den Lauf gewickelte Schinken knusprig wird.

O-Ton Ted Cruz-Schinkenknallerei

Es gehört zur Tradition der Vorwahlen, dass die eher seriöseren Kandidaten von bunten Tagespopulisten und politischen Außenseitern aufgemischt werden, als sollte der Mythos, dass in Amerika jeder Präsident werden kann, immer wieder neu belebt werden: mit Pizza-Verkäufern, Schauspielern, Bestseller schreibenden Neurochirurgen oder verfehlten Vorstandsvorsitzenden.

Musik - Willkie Song

„*Thank God we've found the man*“ war der Wahlkampf-Song, mit dem sich der politische Outsider und nominierte Republikaner Wendel Willkie 1940 in den Wahlkampf schmiss. Stolz darauf, von Politik keine Ahnung zu haben.
„I'm in business and proud of it.“

Musik - Willkie Song

Später kamen Ronald Reagan, der tatsächlich ins Weiße Haus einzog, der Milliardär Ross Perot, der als unabhängiger Kandidat 1992 antrat und so viele Stimmen von der Republikanischen Partei mobilisieren konnte, dass am Ende die Demokraten mit Bill Clinton siegten. Oder der republikanische Rechtspopulist Pat Buchanan, der 1996 mit Mob-bewährten Slogans sein Glück versuchte:

„The peasants are coming with pitchforks."
„Die Bauern kommen mit ihren Mistgabeln."

Wie auf einem populistischen Marktplatz gilt es während der US-Vorwahlen die Gunst der Wähler mit möglichst schrägen Ideen zu erobern.
Im Wahlkampf 2008 versuchte der republikanische Kandidat Newt Gingrich - noch kurz vor dem großen Finanz-Crash - den Amerikanern eine Marskolonie zu verkaufen. Danach war es mit seiner Präsidentschaftskandidatur allerdings vorbei.

Ein ganzes Ideen-Programm präsentierte jetzt der demokratische Sozialist Bernie Sanders - so viele Versprechungen, dass manche kalauerten, er wäre ein weißhaariger Weihnachtsonkel aus dem hohen Norden, der bloß Geschenke verteilen will.

Alle staatlichen Colleges - *free*, kostenlos! Gesundheitsfürsorge - *free*, Infrastruktur neu. Wie sich das bezahlen läßt? So wie Staat und Steuerzahler die Wall-Street gerettet haben, sei es jetzt an der Wall-Street, Amerika zu retten.

Als geradezu prototypischen „Primary"-Kandidaten hat Amerika lange auch Donald Trump und seinen aggressiven Wahlkampfpopulismus belächelt: als einen so abwegigen wie amüsanten politischen Außenseiter, der sich an keine Spielregeln hält, der immer nur unter die Gürtellinien knallt: als einen Zerstörer, einen Disrupter. In Amerika stehen die immer auch für Neuanfang, einen frischen Blick auf die Verhältnisse.

Das manipulative Krawallmonster Trump hat in den letzten Monaten nicht nur rassistische und nationalistische Ressentiments mobilisieren können, Muslime und Immigranten diffamiert; nebenbei – kalkuliert oder nicht – hat er einige heilige Kühe geschlachtet.

An den Irak-Krieg – „*Ein dicker, fetter Fehler*“ hätte sich bei den Republikanern so schnell kein anderer gewagt.
Wenn die religiöse Rechte in Amerika allen Ernstes darüber debattiert, ob Transgender-Frauen auf die Damentoilette dürfen, poltert Trump „*common sense*“-Instinkt: Warum was ändern? Jeder geht einfach auf die Toilette, auf die er gehen will. Das ging doch immer gut.

Dem Chef des weltgrößten Online-Händlers Amazon, Jeff Bezos, attestiert er, was Bezos in der Tat schon lange Mal hätte attestiert werden müssen: ein „riesiges Monopolproblem“.
Amerikas rosige Arbeitslosequote von knapp über fünf Prozent nennt Trump eine Lüge. Eigentlich seien es über 20 Prozent. In der Tat werden in der offiziellen Arbeitslosenquote die Amerikaner nicht berücksichtigt, die sich entweder nicht registrieren lassen oder keine Arbeit suchen, und die werden immer mehr.

Insgesamt präsentiert Trump aber einen so bedrohlichen und unsinnigen Cocktail, dass er ungenießbar sein müsste.
Trump lügt so viel, dass seine Fans längst aufgehört haben müssten, an ihn zu glauben. Haben sie nicht. Es spielt schlicht keine Rolle. Trump erodiert alles.

Wie ein Wahnsinniger motzt er: Jedem seine Waffe, dann passieren keine Terroranschläge. Waffenwahn gibt es in Amerika nicht. Aber ein muslimisches Problem.
Nach Orlando, Florida, wo 49 Menschen ums Leben kamen, die größte Massenschießerei in der Geschichte der USA, halten Amerikaner den Hetzer schon für kompetenter in der Terrorbekämpfung als seine demokratische Gegenspielerin Hillary Clinton.
Zum Lachen ist nichts mehr.

O-Ton The Roosevelt

Unberechenbare Hetzer und Demagogen wie Donald Trump leben allerdings gefährlich. Der Flirt mit der *Crowd*, mit der Menge, geht für sie nicht immer gut aus. Auch das hat in Amerika zu Wahlkampfzeiten Tradition.

O-Ton The Roosevelt -

Als der Republikaner Theodore Roosevelt 1912 zum dritten Mal für das Präsidentenamt antrat, diesmal als Kandidat für die „*Progressive Party*“ gegen korrupte Banker und Räuberbarone mobil machte, wie ein Berserker durch das Land tourte: *I'm strong like moose"*, „*Ich bin stark wie ein Elch*“, schießt ihm in Milwaukee ein Saloon-Besitzer in die Brust. Roosevelt redete vor 10.000 Leuten noch 90 Minuten weiter: *„Es braucht mehr um einen Elch zu töten.“*
Die Kugel wird nie rausgenommen. Für den Rest seines Lebens hat er sie als Trophäe mit sich getragen.

O-Ton The Roosevelt - "Strong as a bull moose. Shooting

Weniger Glück hatte der wegen seines Rednertalents und Rassismus als „Hitler Typ“ charakterisierte „Volkstyrann“ Huey Long, Gouverneur von Louisiana.
Unter dem Motto seiner Autobiographie „*Every man a king*“ – Jedermann ein König - trat Huey Long während der Großen Depression an.

O-Ton Huey Long „Share the wealth“

Sein Umverteilungsplan „*Share our wealth*“ forderte für jeden Amerikaner ein Haus, ein Auto, einen Fernseher, eine Krankenversicherung - einen würdigen Lebensstandard, den Long unter anderem mit der Konfiszierung von Vermögen ab acht Millionen Dollar finanzieren wollte. Mitten im Wahlkampf wird Long 1935 erschossen. Seine letzten Worte: Es gäbe noch so viel zu tun.

Einer der berüchtigtsten Hetzer Amerikas war der in den sechziger und siebziger Jahren mehrfach als Präsidentschaftsbewerber angetretene Demokrat George Wallace, Gouverneur von Alabama, dessen demagogischen Kampfreden jetzt mit denen von Donald Trump verglichen werden. Seine Lieblings-Parole: *„Rassentrennung heute, morgen und für immer“*.

O-Ton George Wallace - “Segregation now and for ever”

Wallace Fähigkeit, die Menge aufzuheizen, Ängste und Ärger aufzunehmen und gegen die Bürgerrechtsbewegung zu polarisieren, wurde als „*Wild energy*“- beschrieben. Fans schwärmten: „*He is standing up and fighting for real Americans*.“ *“Er kämpft für die wahren Amerikaner.”*
Die erklärten Feinde des Rechtspopulisten waren:

„Bärtige Hipster, Pornografen, Intellektuelle, die Gott nicht achten, verräterische Anti-Vietnam-Krieg-Protestler, Wohlfahrtstaat-Gammler, feige Politiker und abgehobene College-Professoren, die nicht mal mehr ein Fahrrad einparken können.“

Bei Wallace Wahlveranstaltungen kam es zunehmend zu Ausschreitungen und Gewaltausbrüchen. Während eines Auftritts in einem Shopping-Center in Maryland wird er 1972 angeschossen und schwer verletzt:

O-Ton George Wallace

Meist sind die in Wahlkampfzeiten populistisch aufgeheizten Massen aber nur Teil des Rituals.
Auch davon erzählt der Film „Der Kandidat“ von 1972, wo Robert Redford den Präsidentschaftsbewerber Bill McKay spielt, der für das kämpfen will, an das er glaubt. Im Laufe der Wahlkampagne – hier ein volksnahes Basketball-Spiel, da ein TV-Auftritt – wird er zur Schablone, kommen auch von ihm nur noch Sprüche und populistische Parolen, die sich mit ihren Versprechungen, alles wieder gut und großartig machen zu wollen, kaum von denen heute unterscheiden.

Mit Donald Trump als hanebüchenen Präsidentschaftskandidaten sind Präsidentschaftsrennen offiziell zu dem geworden, was sie ohnehin schon waren: eine Show.
Die erste Phase der Vorwahlen ist zur Hälfte mit 176 Millionen Dollar gerade mal von 158 amerikanischen Familien - und deren Firmen – unterstützt worden. Noch nie zuvor, so die New York Times, kam so viel Geld von so wenigen. Das sind feudalistische Zustände. Das ist nicht nur Interessenpolitik, das ist Brot und Spiele.

Während das „*Election season”*-Spektakel immer teurer und länger wird, inzwischen für gut eineinhalb Jahre die komplette politische Berichterstattung bestimmt, hat die Wahlbeteiligung immer weiter abgenommen.
Die Techniken sind immer raffinierter geworden, um gerade den Amerikanern den Gang zur Wahlurne mit unzumutbaren Öffnungszeiten und Zulassungsbarrieren zu verkomplizieren, die zwei, drei Jobs haben müssen, um zu überleben, denen kein Arbeitgeber die zum Wählen nötigen Stunden frei geben, geschweige denn bezahlen würde.
Als ginge es am Ende um alles, nur eben nicht um den „*common man*“. Der schaut sich den Wahlkampf inzwischen nur noch im Fernsehen an.

O-Ton " …We're gonna win again …"

Geht das überhaupt – vier Jahre Trump'sches Oktober Fest?
Dass am 20. Januar 2017 Donald Trump als nächster US-Präsident eingeschworen wird?

Populisten, schreibt der Politologe Jan-Werner Müller, hören auf Populisten zu sein, wenn sie an die Macht gelangen.
Was wird aus Trump?

So zielsicher der großmäulig unberechenbare Immobilienmilliardär im Spektakel des Wahlkampfs die Bigotterie amerikanischer Zustände aufdeckt, als nächster US-Präsident wäre Donald Trump nicht nur für Amerika eine bedrohliche Katastrophe.

Amerikaner, schrieb der französische Philosoph Alexis de Tocqueville in „*Über die Demokratie in Amerika*", lieben „Change", Aufbruch und Veränderung, aber sie fürchten Revolution.
Das war bisher Amerikas bewährtes Populismus-Konzept.

Wie die jetzt vom Wahlkampf angestoßene Debatte zwischen Amerikas „*Haves and Have Nots*", wie die politisierten, die bewegten, aufgebrachten und aufgewühlten Stimmen, die sich in einem tief gespaltenen Land vom Parteien-Establishment nicht mehr vertreten fühlen, in politische Prozesse miteinbezogen werden können, das wird die Frage sein, die nicht zuletzt über die Wahl im November entscheidet.

Bisher sieht es nicht so aus, als könnte es Hillary Clinton, der Grand Dame des Parteienestablishments, die als erste Frau im Weißen Haus Geschichte schreiben will, gelingen, eine überzeugende Stimme für den „*forgotten man*" zu finden, die in Amerika mobilisierte Sehnsucht nach einem neuen „*Working Class Hero*" mit einer eigenen Aufbruchs-Agenda anzuführen – in diesem historischen Präsidentschaftsrennen mehr als bloß eine ‚Anti-Trump!'-Kandidatin zu sein.

Die Show, so scheint's, geht im Hauptwahlkampf weiter: als Zitterpartie für eine Präsidentschaftsbewerberin, die das Gros der Amerikaner bisher nur als das kleinere von zwei Übeln zu überzeugen vermag.
Ob das ausreicht?

Musik Gil Scott-Heron „The Revolution will not be televised"

„Hauptsache nerven! Warum Populismus in den USA anders ist als in Europa"
Von Nora Sobich

Es spachen:

Schnitt Susanne Karbach
Produktion Sabine Dressler
Redaktion Jürgen Gressel-Hichert
Regie Roman Neumann

Musik Gil Scott-Heron „The Revolution will not be televised"